

Vossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs (A 7) 3600-3667. für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3606-3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660. Wöchentlich 1 Mark. monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 36 Pfennig Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbrieflichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. - Nr 576 - B 285

SONNABEND, 6. DEZEMBER 1930

ABEND-AUSGABE · V

Entscheidung fällt heute

Letzte Debatten im Reichstag

Die Nebensitzung im Sitzungssaal des Reichstags ist noch bis zum unteren Ende mit Namen besetzt. Die kleineren Gruppen, die nicht Fraktionsstärke haben, wollen auch zu Worte kommen und die Opposition nicht die dreifünfte Redezeit bis zum äußeren aus. Aber im Weiteren sind man übereingekommen, unter allen Umständen die politischen Bestimmungen heute noch durchzuführen, als über die Angriffe auf die Aufhebung der Notverordnung und über die Wechselsatzung, die gegen das Kabinett eingebracht worden sind. Die weniger wichtigen Bestimmungen könnten auf nächste Woche vertagt werden, in der der Reichstag noch verformt werden will.

Ob er diese Sitzungen einer Aussprache über die ausmündige Politik widmen wird, darüber wird man sich im Plenum erst am Dienstag schlüssig werden bei der Feststellung der Tagesordnung. Die Mehrheit ist geneigt, dem Wunsch des Außenministers zu entsprechen und die außenpolitische Debatte zu verschieben, bis nach Wörschlag der Senler Tagung.

Se näher die Entscheidung über Notverordnung und Kabinett rückt, desto lebhafter, man möchte ihnen neuerlich wird es im Ganzen. Die Diskussion lockert sich besonders auf der rechten Seite.

Deutschlandern haben den Abgeordneten Dr. Kleiner nachgeholt, der in den vorigen Reichstag grabe am Tage vor der Auflösung gelangt ist und diesem tragikomischen Zufall es verdankt, daß sein Name aufgeführt ist.

Heute hat er breiter als andere Redner vor sich, die politischen Territorien in Oberflächchen behandelt. Seine ständigen Angriffe gegen die Regierung waren so recht nach dem Herzen der Nationalisten, die ihn mit Beifall und Jubel unterhielten. Als von der Rechten gegen die sozialdemokratischen Sätze hin „Redner“ gerufen wurde, sah er fast lo aus, als würde es zu einem Zusammenstoß kommen. Sozialdemokratische Abgeordnete drängten gegen die nationalsozialistischen Punkte vor, aber es ist Vizepräsidenten Stöckel gelungen, mit der Glocke Ruhe und mit ein paar Worten Ordnung zu schaffen.

Von der Regierungsbank sprach heute nur Reichsfinanzminister Dietrich; das Interesse an der Aussprache ist um mehrere Stühle gesunken. Nicht ohne Ungeduld erwartet man die Bestimmungen, um deren Reifezeit es wahrscheinlich noch eine letzte Geschäftsordnungsdebatte geben wird.

(Siehe auch zweite Seite)

Nach dem Heimwehr-Zwischenpiel

Von
KARL LAHM,

Berichterstatter der Vossischen Zeitung
WIEN, 5. DEZEMBER

Der neue Bundeskanzler Dr. Otto Ender wird als „konserverativer Erbehalter“ bezeichnet. Er sah weitaus nach Wien, in der gelunden Heiligung, nach der Schwerefrage. Als der ungarische Volksföhrer nicht mehr fortzukommen drohte, liebtugelte das Ministerium, dessen Bundeshauptmann Ende 1918 wurde, mit dem Anschlag auf die Schweiz. Ender selbst, verheiratet mit einer Schwärmerin, der Wandmannstochter Rüdich von Appenzel, hielt die Sache hin — das ganze Volk der Vorkaribere müßte es wollen — wollte nicht, ist heute mit den Schwaben in enger Wirtschaftszusammenarbeit und erhofft die deutsche Wirtschaftseinheit, auch durch den Konzentration der Ost. Oesterreicher Eigenindustrie wegen.

Schon 1929 wollte man ihn in Wien zum Kanzler haben; er blieb lieber bei seinen Bundesministern. Damals hielt er im Landtag, ein neuer Abraham a Santa Clara, die Kapuzinerpredigt über den Fremdenvertrieb, die fragwürdigen Großstädter, die „Gefährden“, das zu unbedeutet, ohne Trennung der Geschlechter, in die reinen Oesterreicher der Alpenregion tauchte — wobei er einen Bundesratssatz gegen seinen Willen der Berliner Demokratie zu machen mußte.

„Komm, dich fromm, bißig, sehr bißig“, schreibt ein sozialdemokratisches Frauenblatt, „aber immer noch besser ein untragbarer Frömmigkeit mit Kleider- und Bade-Größen, dem Frömmigkeit eine Bergensche ist, als ein politischer Rämbling, der die Frömmigkeit auf den Lippen trägt, wenn nur die Geschäfte des Merkantilismus gefördert werden.“ Die Sozialdemokraten hatten auch die Wahl des sehr frommen Wilhaus zum Bundespräsidenten ermöglicht und seine zu schiefen Erörterungen gemacht, da er erst Baugoin zum Reichstag brachte und Ender berief.

Dr. E. Geipel ist krank; sein behandelnder Arzt, Professor Singer, hielt es für seine Pflicht, im Christlichkeitsklub und auch bei Dr. Ender zu erscheinen, um zu warnen, daß der an Diabetes erkrankte Staatsmann weiter, beinahe selbstmörderisch, an den Regierungsgeschäften beteiligt werde. Sein zweites Leben war der für seine Politik wiederholtige Besatzungslösung. Es ist ein seltsam Ding mit Geipels Politik. Gut er die Heimwehr in die Regierung geholt, mußte er sich Ender gemäßen lassen, sie wieder hinauszuverschieben, allerdings noch letzten Umtrieben, die zur Veränderung der Kräfte beitrugen.

Dr. Ender hat mit äußerster Energie jede Beteiligung der Heimwehrführer an einer Regierung, in der er führe, abgelehnt. Wie hatte man ihm mitgeteilt, als ihm, dem so erfolgreichen Bundeskanzler, der Vorkaribere von den Reparationsverträge und zu einer neuen Anleihe verhandelt, der Stahl vor die Tür gesetzt wurde. Als ihm Fritz Starckenberg, ein Innenminister der illegalistischen, die Beteiligung zu seinen Vertrauensmann im Polizeipräsidenten, den Vizepräsidenten Dr. Pamerer freizusetzen, um weil dieser vertriebenholle Beamte ein heimisches föhrerisches Verbleibenkomplotz aufbelebte, das zum Ueberfall auf das rote Rathaus führen sollte.

Diese Entschlüssen, die unwiderrufenbar bleiben, beweisen, wie nahe schon die Gefahr des Bürgerkrieges herangekommen war. Es hielt damals, daß dann dem Baugoin-Schilling, dem die Heimwehrführer rüchig gemacht erschienen, heimischen Heimwehrmann Straffella, für den Transport der Sturmtruppen gerort worden sei. Ebenso wie Dr. Ender für die gegen ihn gerichteten Veränderungen im Polizeipräsidenten eine Überzeugung verlangt, die in der Ernennung Pamerer zum Gettiosdoff für Polizeigewalt im Ministerium des Innern bestehen soll, wird auch bei den Bundesbesuchen die Heimwehrführer rüchig gemacht werden, damit eine föhrerische Führung gewährleistet ist.

Da Dr. Ender selbst kein Vorkaribere übernahm und die beiden wichtigsten Ministerien, Inneres und Außeres, dem Schoberdort überlassen wurden, sieht sich, daß trotz der christlichsozialen Führung des Kabinetts der von Baugoin gestürzte Dr. Ender wieder ausdifferenzierend wurde.

Ingenieur Franz Winkler, der das Innere übernahm, ist erst 43 Jahre alt, ein Oesterreicher, wurde Pflanzeninsekten in Eisenmarkt, ein Mitglied, wurde Pflanzeninsekten, der er als Landwirt angeheiratet, zum Landwirt übernahm. Sein heimischen Einbürgerer ist ein agrarischer Führer und in der Wahlbewegung schloß er sich mit Entschiedenheit Dr. Ender

Barthou beginnt den Reigen

Schwierige Krisen-Verhandlungen in Paris

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung
PARIS, 6. DEZEMBER

Während im Laufe von dem Präsidenten der Republik die Besucher in ununterbrochenen Reigen besetzen, um mit dem Staatschef die Regierungstruppe zu beraten, haben die Parteien sich zu ersten Besprechungen zusammengelagert. Allerdings ist bisher ein verbindendes Bündnis gelangt worden. Die allgemeine Parole, die liberal mit beinahe rührender Folgsamkeit beobachtet wird, fordert größte Zurückhaltung und Vorsicht, damit das schwierige Werk der Konzentration, dessen Bewerdigung so oft schon gescheitert, dieses Mal gelinge.

Nach der allgemeinen Ansicht der heutigen Morgenpresse dürfte der Präsident der Republik zunächst den Senator Louis Barthou mit der Regierungsbildung beauftragen. Barthou hat sich in den letzten Wochen in der „Ainade“ wiederholt für die Konzentration ausgesprochen. Außerdem erdient er zur Erlangung der Stelle insofern geeignet, weil er, durch eine Sitzung in der Akademie der Unsterblichen selbgehalten, an der entscheidenden Senatsabstimmung

über den Sturm Cardeus nicht teilgenommen hat. Die Wähler glauben ihm nicht unbedingte Erfolgswahrscheinlichkeit zuzurechnen und halten ihn für durchaus fähig, Poincaré zu ersetzen. Allerdings bleibt ein gewisser Zweifel bestehen, denn man nennt auch die Namen Sarraut und Greg, sowie Kovalle als ausweichende Kandidaten, und verleiht schließlich nicht zu betonen, daß eventuell noch einigen erfolglosen Versuchen immer noch Poincaré oder — Brandt berufen werden könnte.

„Eines vor allen Dingen“, erklärt heute der „Matin“ in seinem Kommentar zur politischen Lage, „erscheint mit größter Deutlichkeit, daß keine Mehrheitsabstimmung möglich ist, wenn sie nicht zur Grundlage der Weiterhaltung des Bündnis mit Auswärtigen hat haben sollte. Die überzogene Mehrheit der Kammer läßt über diesen Punkt jedenfalls nicht mit sich reden.“ Andererseits scheint eine Einigung über die Wahl des Innenministers verhältnismäßig leicht zu sein, da die radikale Partei diesen Posten nicht für sich verlangt, heißt aber die Verbindung heißt, daß der neue Innenminister auf neutralem Boden ausgewählt und ebenfalls immer selbst wie den gemäßigten Parteien annehmbar erdient. Die Wahl könnte unter diesen Umständen auf den Senator Sarrel fallen.

Schlussworte der Moskauer Angeklagten

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung
MOSKAU, 6. DEZEMBER

Im Moskauer Industrie-Prozess erhielten heute die Angeklagten das Schlusswort. Professor Pamin hielt zwar seine und seiner Mitangeklagten Existenzfrage in vollem Umfang aufrecht, aber mit großem Geschick betonte er, daß er durch die unwiderlegbaren Erfolge des konstruktiven Aufbaus befestigt und widerlegt worden sei. Der Angeklagte Professor G. Scharnawski nannte sich selber eine zwar abgenutzte, aber doch noch brauchbare menschliche Maschine, die der Sowjetstaat vorteilhaft noch nützlich verwenden könne, zumal er sich innerlich völlig gewannelt habe. Die fünfmonatlichjährige Angeklagte Fedotowa gab, daß sie sich rehabilitieren zu dürfen. In ähnlicher Weise sprachen auch die übrigen Angeklagten, deren Schwerezeit in allen Einzelheiten durch Zeugnisaufnahmen selbgehalten wurden.

wird sich hier aber nur ganz kurze Zeit aufhalten. Bereits gegen Mittag tritt er seine Beierreise nach Wols an, wo er seinen Wohnsitz in Empfang nehmen wird. Während seiner kurzen Berliner Anwesenheit wird er sich im Hotel Eplandau aufhalten, wo für ihn von der amerikanischen Botschaft ein kleiner Empfang vereinbart worden wird.

Mosley reorganisiert

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung
LONDON, 6. DEZEMBER

Der Oswald Mosley, der junge oppositionelle Arbeiterpartei-Führer, wird seit einiger Zeit in der Arbeiterreaktion für Unternehmungen zu einem Manifest, das weitgehende Reorganisationsvorläufe der englischen Verwaltung enthält.

„Dieses Manifest“ veröffentlichte heute Einzelheiten des fast bedingten Memorandum, das u. a. für Einsetzung der Erziehungsausschüssen „bis auf weiteres“ eintritt, da die jetzige Organisation schon gemäßigt habe und höher der Handel mit den Dominationen geändert werden sollte. Ferner soll eine Kontrolle sämtlicher Preise durchgeführt werden, Wägen und Arbeitsbedingungen auf dem gleichen Niveau erhalten und für gewisse Gewerkschaften Schutzklöße errichtet werden.

Kellogg auf der Durchreise in Berlin

Der frühere amerikanische Staatssekretär Kellogg, der vor kurzer Zeit den Nobelpreis zugesprochen erhielt, trifft Sonntag früh um 7 Uhr, aus dem Haag kommend, mit seiner Frau in Berlin ein.

Staat und Volk müssen eins werden

Geßler spricht vor Hindenburg und Brüning

an, für den er die Gewähr bietet, daß die dem Ministerium unterbreiteten Vorschläge und Gegenstände vollständig seien. Baugoin mag im Bundeshaushalter den Heftigen Geist fortzuerhalten suchen — grade bei den Wahlen zeigte es sich, daß die Bauernfröhen, aus denen er seine Truppen rekrutierte, in den Städten sehr schlecht zu Sozialdemokraten wurden. Großpreußische und Kambialländer waren erbittert, daß im Offizierskorps die Nationalen gegenüber den Sozialen zurückblieben, und sie werden jetzt, da sie fest in der Regierung sitzen, dem letzten Vertreter des Reichstages, Baugoin, sehr auf die Finger passen.

Der Großpreußische Dr. Hans G. Hüffert, der wiederholt das Ministerium für Handel und Verkehr leitete, wird jetzt als Justizminister das Wort der Rechtsgleichung aufsuchen, und wenn auch die Zeit noch nicht gekommen sein dürfte, endlich im Ehrenamt Oesterreichs Ordnung zu schaffen, so wird unter Dr. Schürff doch die Vorarbeit hierfür gefördert werden. Auch unter der Geschäftigkeit gibt es viele Berufstätige, die den Vortrags in der Ehegegengebung für unermäßig halten und einer Reform, wie sie in anderen überredend katholischen Staaten schon längst durchgeführt wurde, zustimmen wollen.

Innenminister Dr. Emmerich Czernak, Handelsminister Eduard Seidel, Landwirtschaftsminister Alois Haberl und Minister für soziale Verwaltung Dr. Josef Reich sind wohl erprobte wirtschaftliche Minister aus den früheren Kabinetten Seidels, die sie gehören sämtlich zum gemäßigten Flügel und haben bisher politisch keinen Einfluß. Bemerkenswert ist, daß sie ausnahmslos der Anschlußbewegung als überlegene Anhänger bekannt sind. Czernak, der Dr. Otto C. B. für Finanzminister bleibt, verfügt über große auslandische Beziehungen und hatte Dr. Schöber bei der Anleihegenehmigung wichtige Dienste geleistet.

Dr. Ender und Dr. Schöber werden zwar erst im Nationalrat mit der Einbringung des Staatshaushalts beschäftigt sein. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß beide Minister die innere Abklärung als ihre Hauptaufgabe betrachten. Ein kleines Anzeichen hierfür war, daß Dr. Ender, der als Landespaupernrat der Borsarberger Schulweis leitete, jetzt zu seinem Nachfolger den Oberlandesgerichtsrat Dr. Schreiber bestellte, und daß dieser gleichzeitig dem Flügel Starbeger die Position der Borsarberger Gemeinwesen von der Gesamtregierung mitteilte. Das deutsche Oesterreich bedarf um seines guten Rufes willen dieser inneren Abklärung auf beiden Seiten, so wie sie Schöber schon als Bundeskanzler beabsichtigte.

Der „Deutsche Herren-Club“ gab gestern im großen Saal von Stoll sein Jahresfest. Schon die Liste der außer seinen Mitgliedern Geladenen — fast 500 — zeigte, daß diesem Festmahl eine besondere Bedeutung zugrunde lag. Der Klub, der in den ersten Jahrzehnten gegründet wurde, hat, wie sein Vorsitzender Graf von Alvensleben-Breitensachsen auch gestern hervorhob, den Zweck, Männer aus allen politischen Lagern und Berufsständen eine Möglichkeit der Aussprache zu geben. Er will, außerhalb und über den Parteien, die Plattform bilden für eine „konstruktive Opposition“, was doch wohl heißen soll, für eine Arbeit am Staat, die zwar in dem Werk von Weimar Konstruktivität sieht und sie verbessert, an der demokratischen Rufes aber keusche Elemente nicht eintreten will.

Auf diesen Ton waren auch die Ausführungen beschränkt, die der Redner des Abends, der ehemalige Reichsfinanzminister Dr. Otto Geßler, in dieser Versammlung vortrug.

Diese Versammlung war, wenn man davon abhebt, daß weder die Wähler Dr. Ossefels' und Spämanns, noch die Wähler Hermann Müllers vertreten waren, repräsentativ genug. Am Ehrenamt Reichspräsident von Hindenburg, der österreichische Oberste Dr. Franz Reichsgraf Dr. Brüning, von seinem Kabinett die Minister Dietrich, Grewer, u. Gumbert und Schöler, die Chefs der Justiz und Ministerialrat, General Freiherr von Hammerstein und Oberst Leber, die Generale von Schleicher, von Stölpnagel und Jurek, dann Parlamentarier, die Redatoren der beiden höchsten, Vertreter der Wirtschaft, der Industrie, der Baukunst und der Presse, daneben viel junger Nachwuchs aus diesen Kreisen. Dieser Nachwuchs, wohl hauptsächlich Mitglieder des Klubs, die zum Teil aus eigenem Willen, zum Teil aus dem Einfluß der Verbundvereine, mit dem Reuen noch nicht gefunden haben, und nach sich einer Verbundvereine nicht finden.

Von der Tatsache der mangelnden inneren Verbundvereine mehrer Kreise mit dem Staat wie er ist, dem eigentlichen Grund der Staatskrise, wie die Geßler als gegeben unterstellt, ging der Redner aus. Er zitiert das Wort des Meisters Dietrich vom Jahresfesten im besagten Nationalrat, und er sucht den Sinn des Staates in den Beziehungen, wie sie der Schweizer Demokrat Jacob Burckhardt und der Staatsrechtstheoretiker der 48er Bewegung Konstantin G. v. a. ausgeprochen haben, wie sie die großen Statiker der Verfassungsgesetze in, Janderberg, G. v. a. und Boger in das Staatsfundament einbauen. Die „Revolutionäre“ von damals.

Wie damals müßte das Staatsvolk von unten her am Staat und seinen Aufgaben interessiert werden. Heute ist das Interesse durch die Überforderung der parteipolitischen Konstruktion des Staates in eine Gleichgültigkeit, ja in eine Abneigung gegen die Regierung, wachsender, nämlich gegen das Parlament zu verlagert. Was gemeintem Zwecke des ganzen Volkes vorzuziehen, eine Organisationsreform zu finden, die die Freunde an der heutigen Omeinheitsarbeit, an ihrem Rechtsinn und an seiner Funktion wieder herbe.

Nicht der „liberale Staat“, der auf allen nicht eigentlich politischen Gebieten dem individuellen Egoismus freie Hand läßt, ist das Ideal, aber auch nicht der Staat, der als Absoluter für alles und Unmögliches in alles die individuellen Kräfte schichten und sich Aufgaben aufbürdet, die es ihm und seinen Helfern unmöglich macht, die politischen Aufgaben des Staates nach innen und nach außen zu erfüllen.

Das Verhältnis von Volk zu Staat ist ein festliches Problem, und die Aufgabe, an der wir arbeiten, und das Ziel, das wir erreichen müssen, ist, Staat und Volk wieder eins zu machen.

Polen-Sturm im Reichstag

Agitations-Forderungen der Deutschnationalen

„Englische und deutsche Fassung“

Zum Streit um den Remarque-Film

Von den Streitern, die den Film „Im Westen nichts Neues“ so heiß ablehnen, wird immer die Behauptung aufgestellt, die deutsche Fassung sei freilich gemildert, aber die englische Originalfassung habe eine ausgeprägtere antiwestliche Tendenz. Wir haben uns an den Leiter der Berliner Filmprüfstelle, Regierungsrat Zimmermann, gewandt, und ihn gefragt, ob der Remarque, die die deutsche Fassung begünstigt, auch die englische Fassung vorgelesen habe.

Regierungsrat Zimmermann erklärte uns, die Kammer habe sich auch die englische Fassung angesehen, allerdings einen antiken Zweck nicht führen können, da die englische Fassung ja von vornherein nicht in Deutschland gespielt werden dürfte. Die sie vorgeführt werden sollen, so hätte die Kammer die Streichung einiger Stellen verlangt, im ganzen aber sei man der Ansicht gewesen, daß der Film „Im Westen nichts Neues“ auch in seiner englischen Fassung dem deutschen Ansehen durchaus gerecht werde. (Siehe Hauptblatt 4. Seite.)

Calender beim polnischen Präsidenten

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WARSAU, 6. Dezember

Die Warschauer Befürworter des Präsidenten der Weltlichen Kommission für Oberbesitz, Calender, haben sich etwas verzögert. Calender trat erst Donnerstag in der polnischen Hauptstadt ein, wo er gestern u. a. vom Staatspräsidenten empfangen wurde. Nach ausgiebigen Besprechungen mit dem Außenminister Jellinek und anderen Regierungsgliedern, deren Inhalt vertuschelt behandelt wird, ist er gestern abend nach Katowitz zurückgefahren.

Arbeitsaufnahme im schottischen Bergbau

Die Delegationsaufnahme der schottischen Bergarbeiter hat beschlossen, die Arbeit in den schottischen Bergwerken, die am letzten Montag eingestellt worden sind, am folgenden Montag wieder aufzunehmen, d. h. daß die schottischen Bergarbeiter die temporären Bedingungen, die eine 80-Stunden-Arbeitszeit in vierzehn Tagen umfassen, wie die anderen Delegationen annehmen und die endgültige Entscheidung des Nationalrates abwarten.

Sachsen plant eine 70-Millionen-Anleihe

Das sächsische Finanzministerium hat einen Entwurf eingereicht, der zur Deduktion außerordentlicher Staatsbedürfnisse eine Anleihe bis zum Nennwert von 70 Millionen Mark vorschlägt.

Neuer Bombenleg-Prozess

Am Montag beginnt in Altona der Schoungenerprozess gegen sechs frühere Angehörige der Organisation „Berndt“ wegen der Bombenanschläge auf das Stadthaus in Oldesloe und gegen das Finanzamt in Neumünster. Ein weiterer Prozess gegen den Elektrotechniker Koppenhagen, der sich der Umstellung im großen Bombenlegprozess durch die Stadt in die Schweiz entzogen hätte, wird folgen.

Präsident Ebert teilt bei Eröffnung der Sitzung das amtliche Schreiben über den Rücktritt des bisherigen Reichsoberpräsidenten Dr. Ebert mit. Dann wird die Ansprache über den Etat 1931, die Notverordnung und die dazu vorliegenden Anträge fortgesetzt.

Abg. Dammig (Ndn.) bezieht die Notverordnung als einen willigen Verlegen. Nicht annehmbar seien auch die darin enthaltenen Wirtschaftsbestimmungen. Die Regierung müsse sich endlich freimachen von dem Einfluß der Verbundvereine. Abg. Hefenberger (D. Vp.) ermahnt an, daß die Regierung den festen und trauen Willen habe, die Finanzen zu lenken. Darum sollte man trotz aller Bedenken im einzelnen die Regierung unterstützen und nicht folgen, die durch eine Katastrophenspolitik das Reich in Gefahr bringen.

Abg. Wenzel (Wirtsch.) wendet sich gegen die Methode, mit der Minister Schiele dem Oesterreich helfen will. Es sei ganz verfehlt, nur nach Polen zu sehen und die Verbände, die die Länder ausgliedern. Eine Lösung sei nur möglich, wenn die Verbände, die Müller und Wenzel gegen einen gemeinsamen Verhandlungsaufruf gebracht werden.

Abg. Dr. Reiner (Ndn.). Der Reichsaussenminister habe gegen die Ausdehnungen gegen Polen gemeinheitslose Agitation betreiben. Solche Ausdehnungen seien in Wahrheit das einzige, was uns letzten bedrohlichen Vorkäufen zur Wiederherstellung ihres Glaubens und Willens geben könnten, die unter der Regierung zu Bruch gegangen seien. Wenn in einem anderen Lande ein solches Vorkäuf betriebe, würden auflegen werden, dann wäre das ganze Volk in Empörung aufgestanden und die Minister hätten sich in die Spitze der Bewegung gestellt (Zustimmung rufen). Unter Ausdrücken Amt ist nicht einmal durch das Vorkäuf von Höhenzeiten aus seinem Geschäft gerettet worden. Gegenüber allen Verdächtigungen des deutschen Volkes stellte der Redner fest, daß das Deutschland längere der höchsten Ehre nicht einmal den Verlich gemacht habe. Vergeltung für die Verdrängung seiner Brüder und Schwesener zu üben. Das wir aber weiter wie bisher den Polen Sonderrechte einzuräumen und von Amts wegen zu all ihren Verleumdungen schweigen, ist eine große Verlegenheit, was das deutsche Volk seine Ehre und dem Verleumdung seiner Vorkäufen schuldig sei. Der Redner warf dem Gehör die Frage auf, warum die Abklärung nicht sofort dem deutschen Volk in Warschau übertragen solle, dessen ganzes politisches Gedächtnis täglich zusammengebrochen sei.

Während der Schöderung der polnischen Verleumdung rief die Deutschnationalen und Nationalsozialisten fortbühnen: „Wo ist Curtius?“ — „Das interessiert ihn nicht!“ Die Kommunisten rufen: „Ihr macht es so mit den deutschen Gewerkschaften!“ Während dieser Barmühen betritt der Reichsaussenminister Dr. Curtius den Saal.

Als Dr. Reiner einen weiteren Verleumdung in Einzelheiten schildert, ruf ein Sozialdemokrat: „Das sind ja Betrugsparolen!“ Mit drohend erhobenen Fäusten rufen darauf verlesene Nationalsozialisten, Deutschnationalen, Landvolk Abgeordnete gegen die Worte mit dem Ruf: „Verdrängung!“ — „Vergeltung!“ Geht erucht die Abgeordneten, die Plätze einzunehmen und fordert den Ruf des Wortes „Verdrängung“ auf, sich zu melden. Ein Landvolk-Abgeordneter erhebt die Hand, wird aber in dem allgemeinen Tumult nicht bemerkt.

Als sich der Tumult etwas gelegt hat, führt Abg. Dr. Reiner (Ndn.) fort: Das preussische Innenministerium hat erst Herrn Abg. dann Herrn Rathenau nach Oesterreich geschickt. Ist es

selbst uns so weit gekommen, daß die Fragen des Weltfriedens ausgeordnet von Juden behandeln werden müssen? (Heißer Beifall). Weining, Curtius und ihre Regierung müssen vom Throne gehen werden. Wir wollen ein Deutsches Reich, das im Sinne Jungersberg und Dillers für Deutsche Freiheit kämpft. (Siehe Beifall bei den Deutschnationalen und den Nationalsozialisten).

Abg. Schmeiser-Preussler (Nat.-Soz.): Wer heute für den Verbundverein eintritt, ist ein Verräter an der Arbeiterfront und ein Verräter an der Nation. (Beifall bei den Nat.-Soz.). — Rufe bei dem Remarque: „Ihr stellt euch die Streikbrecher!“ — Leb. Widerspruch bei den Nat.-Soz.).

Abg. Graf Westarp (Katholik): Wie meine Aufgabe betrafte ich es, einen Spezial an die Regierung, den Reichsaussenminister, den Reichsfinanzminister, besonders aber an den Außenminister zu richten, daß sie auf der Grundlage der heute schon Vorles werden könnten die Außenpolitik mit voller Selbstständigkeit vorzubereiten. Innenpolitik und Außenpolitik gehören zusammen und die von den Sozialisten getriebene Politik der letzten Jahre mußten berücksichtigt werden. Aber ein noch schwerer Fehler wäre es, wenn die Regierung mit der Reichsoberste nicht warten wollte, bis die letzten Wirtschaftsaussagen sich ausgezehrt hätten, denn wir sind ja im Zweifel, ob sie zu einer Sanierung führen werden. Der Außenminister hat ja im Auswärtigen Amt die Vorarbeiten gegeben, daß die Regierung bei der Annahme des Verleumdungswortes ausdrücklich erklärt habe, daß sie keine Garantie für seine Durchführung niemals übernehmen könne. Die Regierung darf sich jetzt unter keinen Umständen dem Verleumdung auslösen, das heißt Worte nur Worte werden.

Der Redner stellt schließlich seine Forderungen an die Reichsregierung in folgende Weise zusammen: „Sehen Sie auch nicht zurück vor dem vorteilhaftigsten und nicht ganz ungeschicklichen Schritt der Einstellung der Devisenjahelungen, die uns nach dem Vorgang-Zwang auferlegt worden sind. Sehen Sie endlich den Verbundverein wissen, reichhaltig und sofort, daß das deutsche Volk nicht gewillt ist, sich durch den von den Sozialisten vertriebenen sogenannten Wirtshausbesitzer der Volk zu überlassen zu lassen. Sehen Sie den Polen den vollen Ernst der Lage und den Willen Deutschlands, die Eigenmächtigkeiten Polens nicht mehr gesellen zu lassen. Sehen Sie energig gegen die Kettegeschuldbüße mit diplomatischen Mitteln vor. Das sind die Aufgaben, zu denen Sie auch am heutigen Tag aufgerufen werden müssen.“

Reichsaussenminister Dr. Dietrich: In der Frage der Verbundvereine ist hier gesagt worden, daß man durch die neue Verbundvereine das ganze Gewerbe verdrängen wird. Ich habe schon einmal gesagt, daß bei jeder Aktion, die wir in dieser Richtung unternommen haben, in den Mitten des Ministeriums vorgelegt steht, daß das Gewerbe zugrunde geht. Damit geht ich nicht leichtfertig über diese Dinge hinweg, aber ich meine, es wird nicht so schlimm werden, wie man es hier darstellt. Dazu hat aber noch kein Redner uns einen anderen Weg gezeigt, wie wir zu den dringenden erforderlichen Mitteln kommen.“

Frage der Schöndorfer bei Ende 1931 erklärte der Minister, daß der Verleumdung der Verbundvereine durch die Sozialisten keinen Einfluß auf die Höhe der künftigen Schuld habe. Zur Reparationsfrage antwortete er dem Grafen Westarp, daß er schon in seiner letzten Rede erklärt habe, daß er die Sanierung der Reichsaussenminister dem deutschen Volk die Freiheit des Handels auch in der Außenpolitik wiederzugeben werde.

Abg. Wendt (Ndn.) begehrt den Antrag der Deutschnationalen, Preußen die Vollziehung zu wehren, wie es das Reich in Thüringen getan und in Braunschweig verweigert habe.

